



**- Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschuss -
- 18. Wahlperiode -**

An die
Mitglieder des Finanz-, Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Nachrichtlich
an alle Kreistagsabgeordneten
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Protokoll

über die 16. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 07.11.2024

Anwesend:

Herr Heiko Bertelt	
Frau Anne Ellmann	Vertretung für Herrn Thomas Frilling
Herr Martin Fischer	
Frau Simone Göhner	
Herr Thomas Hoping	
Herr Ulrich Kettler	
Herr Josef Kläne	Vertretung für Herrn Martin Meyer
Herr Josef Kruse	
Herr Dirk Lübbe	Vertretung für Herrn Helmut Steinkamp
Herr Hubert Pille	Vertretung für Herrn Walter Goda
Herr Dieter Rohnstock	
Herr Walter Sieveke	
Herr Peter Willenborg	
Herr Philip Wilming	Vertretung für Herrn Thomas gr. Schlarmann
Herr Matthias Windhaus	
Frau Christina Zerhusen	
Herr Holger Ziefus	

Entschuldigt:

Herr Thomas Frilling	entschuldigt
Herr Walter Goda	entschuldigt
Herr Thomas gr. Schlarmann	entschuldigt
Herr Martin Meyer	entschuldigt

Hinzugezogen:

Herr Tobias Gerdesmeyer (Landrat)	(ab TOP 7)
Herr Hartmut Heinen (Erster Kreisrat)	
Herr Holger Böckenstette (Kreisrat)	
Frau Astrid Brokamp	

Herr Martin Kramer (Protokollführung)

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 12.09.2024
5. Mitteilungen des Landrats
6. Niederschwelliges Beratungsangebot für Arbeitsmigranten in prekären Arbeitsverhältnissen (939/2025)
7. Zuschuss Landes-Caritasverband für Oldenburg e.V. für die Kontakt- und Beratungsstelle Selbsthilfe (878/2024)
8. Haushalt 2025 - Eckdaten (944/2024)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß und fristgerecht und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 12.09.2024

Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 12.09.2024 wird einstimmig bei drei Enthaltungen festgestellt.

5. Mitteilungen des Landrats

6. Niederschwelliges Beratungsangebot für Arbeitsmigranten in prekären Arbeitsverhältnissen (939/2025)

Erster Kreisrat Hartmut Heinen nimmt Bezug auf die Vorlage und erläutert, das Beratungsangebot des Caritas-Sozialwerk St. Elisabeth (CSW) für Arbeitsmigranten sei an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst worden. Das Rechtsdienstleistungsgesetz werde beachtet. Mit dem CSW sei abgestimmt, dass ein verringertes Beratungsangebot bis Ende 2026 ausreichend sei, weil sich die Rahmenbedingungen durch das Ende des Werkvertragssystems und die Einführung des Mindestlohnes verbessert haben. Der künftige Beratungsumfang sei mit dem Landkreis Cloppenburg abgestimmt.

KTA Matthias Windhaus geht davon aus, dass es noch immer prekäre Bedingungen gebe. Er spricht sich dafür aus, dass CSW im Ausschuss über die Arbeit der Beratungsstelle berichtet.

Auf die Frage des KTA Josef Kruse antwortet Erster Kreisrat Hartmut Heinen, dass seitens der Verwaltung in Absprache mit CSW das Auslaufen des Beratungsangebotes Ende 2026 vorgeschlagen werde. KTA Josef Kruse hält das Angebot aufgrund der neuen Rahmenbedingungen für entbehrlich.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, den Betrieb einer Beratungsstelle für Arbeitsmigranten in prekären Beschäftigungsverhältnissen befristet für den Zeitraum vom 01.02.2025 bis zum 31.12.2026 für das Jahr 2025 mit einem Betrag in Höhe von 41.297,44 € und für das Jahr 2026 mit einem Betrag in Höhe von 45.051,75 € zu unterstützen.“

7. Zuschuss Landes-Caritasverband für Oldenburg e.V. für die Kontakt- und Beratungsstelle Selbsthilfe (878/2024)

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner verweist auf die Vorlage und lässt abstimmen.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, der Kontakt- und Beratungsstelle Selbsthilfe des Landes-Caritasverbandes für Oldenburg e.V. für die Jahre 2025 bis 2027 eine Förderung in Höhe von 18.000 € zur finanziellen Unterstützung zur Verfügung zu stellen.“

8. Haushalt 2025 - Eckdaten (944/2024)

Landrat Tobias Gerdesmeyer geht auf die Gesamthaushaltssituation ein. Die Ausgabe- übersteige beginnend im Jahr 2023 deutlich die Einnahmeseite. Während das Haushaltsjahr 2022 ohne nennenswerten Überschuss abschließen, werde für 2023 bereits ein Fehlbetrag von 3,5 Mio. EUR nachgewiesen. Das laufende Haushaltsjahr 2024 werde mit einem deutlich höheren Fehlbetrag abschließen und für 2025 sei von einem Fehlbetrag von über 15 Mio. EUR auszugehen. Nicht die Einnahmeseite sondern die veränderte Ausgabe- seite sei für das strukturelle Defizit verantwortlich. Erhebliche Aufwandssteigerungen gebe es in den Teilhaushalten Soziales, Integration und Jugend. Die Beteiligung des Landes an den Kosten der Kindertagesbetreuung nehme ab, während die Betriebskosten steigen. Die Aufwandssteigerung werde sich auch in künftigen Haushaltsjahren fortsetzen. Die Personalkosten steigen aufgrund der Tarifabschlüsse und durch neue Stellen. Landrat Tobias Gerdesmeyer sieht für die Mehrzahl der Städte und Gemeinden tendenziell eine Verbesserung der Haushaltssituation im Ist gegenüber der Haushaltsplanung. Die höheren Ausgaben treffen den Landkreis in besondere Weise, der seine Leistungen für die Bevölkerung in allen Städten und Gemeinden erbringe. Die Ursachen für die verschlechterte Finanzlage sieht Landrat Tobias Gerdesmeyer nicht auf örtlicher Ebene.

Kreisrat Holger Böckenstette stellt die Eckdaten des Haushaltsjahres 2025 vor. Bei einer Steigerung des Gesamtaufwandes von 314 Mio. EUR auf 332 Mio. EUR betrage der geplante Fehlbetrag 15,8 Mio. EUR. Eingerechnet seien die Herabsetzung von Rückstellungen für Bodennlasten in Höhe von 5,040 Mio. EUR. Auffällig sei, dass die Erträge nicht in gleicher Weise ansteigen wie die Aufwendungen. Die Gesamteinzahlungen liegen mit 366 Mio. EUR unterhalb der Gesamtauszahlungen mit 379 Mio. EUR. Die Einzahlungen reichen also nicht aus. Die Schlüsselzuweisungen in 2024 betragen lediglich 33 Mio. EUR bei einer Planung von 40 Mio. EUR. Für das Haushaltsjahr 2024 sei mit einem Fehlbetrag von um die 10 Mio. EUR zu rechnen. Die Schlüsselzuweisungen für 2025 werden mit 36,2 Mio. EUR veranschlagt. Die Kreisumlage steigere sich um 600 TEUR auf 95,8 Mio. EUR. Die Erträge aus den Beteiligungen an Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungsbund (EWE), Abfallwirtschaftsgesellschaft und Gesellschaft für Wohnungsbau werden in gleicher Höhe wie im Vorjahr geplant.

Der Schuldenstand betrage aktuell 72,3 Mio. EUR bei der Kernverwaltung und 43,1 Mio. EUR beim Eigenbetrieb. Aus dem Haushaltsjahr 2023 könne noch eine Kreditermächtigung in Höhe von 24,5 Mio. EUR und aus 2024 in Höhe von 37,9 Mio. EUR in Anspruch genommen werden.

Der Personalaufwand erhöhe sich wegen der Tarifabschlüsse um 3,6 Mio. EUR.

Aufgrund Besoldungsanpassungen seien die Pensionsrückstellungen um 2 Mio. EUR anzuheben. Es werden zehn zusätzliche Stellen eingeplant. Die Bauliche Unterhaltung steige leicht; darin enthalten seien Mittel für einen Zuschuss für die Dachsanierung der verpachteten alten Sporthalle beim Gymnasium Damme in Höhe von 100 TEUR. Die Ausführung der Bauarbeiten werden von der Dammer Carnivalsgesellschaft in Auftrag gegeben. Die Steigerung bei den Bewirtschaftungskosten trotz geringerer Energiepreise sei auf höhere Entgelte für die Gebäudereinigung durch beauftragte Unternehmen zurück zu führen.

Bei der Übersicht der Teilhaushalte sei zu berücksichtigen, dass hier die Personalkosten jeweils enthalten sind. Der Rückgang der Belastung im Teilhaushalt Umwelt und Tiefbau sei auf Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen für Bodenaltlasten zurück zu führen. Beim Teilhaushalt Schule, Bildung und Kultur ergeben sich höhere Aufwendungen für die Anhebung des Zuschusses für das Kolleg St. Thomas von 550 EUR auf 600 EUR je Schülerin und Schüler, für eine um 88 TEUR höhere Umlage für die Kreismusikschule und für einen um 99 TEUR höheren Zuschuss für die Sportförderung. Das Volumen des Teilhaushaltes Soziales und Integration vergrößere sich um 7 Mio. EUR höhere Aufwendungen und 5,9 Mio. EUR höhere Erträge gegenüber dem Vorjahr. Hier wirken sich die höheren Entgelte der Einrichtungsträger aus. Die Belastung im Teilhaushalt Jugend bleibe auf hohem Niveau wie im Vorjahr. Beim Teilhaushalt für Wirtschaftsförderung, Mobilität und Tourismus werden Mehrkosten für das um 9 EUR gestiegene Deutschland-Ticket eingeplant.

Kreisrat Holger Böckenstette geht auf das Investitionsprogramm 2025 ein. Für die höhere Krankenhausumlage werde 3,1 Mio. EUR veranschlagt. Für die Erweiterung des Kreishauses werden 15 Mio. EUR in 2025 erwartet. Für Ersatzinvestitionen in die Medienausstattung der Schulen seien je Jahr 1 Mio. EUR aufzubringen. Für den Grunderwerb Klimaschutz seien 150 TEUR veranschlagt. Die saldierte Summe der Straßenbauvorhaben betrage 4,5 Mio. EUR; hinzu kommen 1,7 Mio. EUR für Unterhaltungsarbeiten.

Auf Nachfrage des KTA Matthias Windhaus erläutert Kreisrat Holger Böckenstette, dass die Kreisumlage aufgrund vorliegender Meldungen über das Steueraufkommen berechnet worden sei und damit nahezu feststehe. Die Höhe der Rückstellungen für Bodenaltlasten betrage insgesamt 6,3 Mio. EUR.

KTA Matthias Windhaus spricht die Teilhaushalte Soziales und Jugend an. Dazu erläutert Erster Kreisrat Hartmut Heinen, dass seitens der Verwaltung die Anspruchsleistungen zu gewähren seien, so dass der Spielraum für Einsparungen bei Aufwendungen sehr gering sei. Generell könne beobachtet werden, dass zusätzliche zentrale Vorgaben von Bund und Land in Bezug auf Leistungen der Eingliederungshilfe oder Jugendhilfe für die Kommunen mit erheblichen Kostenfolgen verbunden seien. Assistenzleistungen für Schülerinnen und Schüler an Regelschulen haben erheblich zugenommen; die Finanzierungslast treffe jedoch die Kommunen. Die Lohn- und Gehaltssteigerungen bei den Einrichtungsträgern werden umgelegt. Der um zwei Tage höhere Urlaubsanspruch habe höhere Entgelte der Einrichtungen zur Folge. Die Beteiligung des Landes an den Kosten der Kindertagesstätten habe sich verringert von 52 auf 36 Prozent; es habe praktisch keinen Ersatz für den Wegfall der Elternbeiträge gegeben. Auf der anderen Seite werde seitens der Landesbehörden der Standard in den Kindertagesstätten stetig angehoben. Die Entgelte der Einrichtungsträger werden oftmals in Landesrahmenvereinbarungen festgehalten, auf die der Landkreis Vechta kaum Einfluss nehmen könne.

KTA Hubert Pille erkennt das strukturelle Problem in der Finanzlage. Auch wenn viele Landkreise in gleicher Weise betroffen seien, könne die Entwicklung nicht so

hingegenommen werden. Er lehne den aktuellen Hinweis der Innenministerin, Fehlbeträge krisenbedingt gesondert auszuweisen, als nicht hilfreich ab. Der Hebesatz von 37 Punkten reiche nicht aus; auf der anderen Seite seien künftig Standards herabzusetzen.

KTA Hubert Pille beantragt,

1. der Landrat stellt auf der Grundlage der vorgestellten Eckdaten den Entwurf des Haushaltsplanes 2025 mit einem Kreisumlagehebesatz von 38,5 Prozent auf und
2. die Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen für Altablagerungen in Höhe von 5,040 Mio. EUR werden aus den Eckdaten herausgenommen.

KTA Peter Willenborg weist darauf hin, die Kürzung von freiwilligen Leistungen in Höhe von 2 Prozent der Gesamtausgaben reiche nicht aus für einen Haushaltsausgleich. Folglich sei die Einnahmeseite anzuheben.

Landrat Tobias Gerdesmeyer rechnet künftig nicht mit höheren Zuweisungen seitens Bund und Land. Kürzungen bei freiwilligen Leistungen oder Minderungen beim Stellenzuwachs alleine können die strukturelle Unterfinanzierung nicht lösen. Er gehe davon aus, dass die Anhebung der Kreisumlage um 1,5 Prozent von den Städten und Gemeinden mitgetragen werde.

KTA Matthias Windhaus sieht für die kommenden Jahre Fehlbeträge auf den Landkreis zukommen. Es müsse ein sachgerechter Weg für den Umgang mit den Städten und Gemeinden gefunden werden.

Landrat Tobias Gerdesmeyer strebt einen ganzjährigen Austausch mit den Städten und Gemeinden in der Frage der Kreisumlage und des Ausgleiches der finanziellen Belastungen zwischen beiden Ebenen an.

KTA Dieter Rohnstock sieht eine deutliche Belastung des Kreishaushaltes durch die gestiegenen Ausgaben und die gleichbleibenden Einnahmen. In den Jahren 2008 und 2009 habe die Gemeinde Goldenstedt erhebliche Anstrengungen zum Sparen unternommen. Eine höhere Kreisumlage belaste die Städte und Gemeinden. Erster Kreisrat Hartmut Heinen geht auf die Frage nach den Ausgaben für die Veterinärverwaltung ein. Zum einen verweigere das Land seit 15 Jahren eine angemessene Kostenerstattung bei übertragenen Aufgaben und zum anderen seien die Gebührensätze nach der GOVV (Gebührenordnung für die Verwaltung im Bereich des Verbraucherschutzes und des Veterinärwesens) zu niedrig. Die Gebührensätze seien für die Kreisverwaltung jedoch verbindlich.

KTA Peter Willenborg sieht angesichts der mittelfristigen Finanzplanung mit durchgehenden Fehlbeträgen die Gefahr der Haushaltssicherung. Es sollte bereits jetzt gegengesteuert werden.

Aus Sicht des KTA Josef Kruse sei die Kreishauserweiterung überzogen und viele freiwillige Leistungen nicht erforderlich. Der soeben beschlossene Zuschuss für die Beratungsstelle Arbeitsmigration sei entbehrlich.

KTA Hubert Pille hält die beantragte Anhebung der Kreisumlage um 1,5 Punkte für vertretbar mit den Belangen der Städte und Gemeinden. Einen regelmäßigen Austausch zwischen Landkreis und Städte und Gemeinden über die Finanzbeziehungen hält er für sinnvoll.

KTA Matthias Windhaus macht auf die unterschiedliche Finanzausstattung der

Städte und Gemeinden im Landkreis Vechta aufmerksam. Eine Anhebung auf 38,5 Punkte werde er in der Fraktion besprechen.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner lässt über den Antrag des KTA Hubert Pille bezüglich der Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen für Altablagerungen abstimmen.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 1 Enthaltung und 1 Nein-Stimme:

„Die Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen für Altablagerungen in Höhe von 5,040 Mio. EUR werden aus den Eckdaten 2025 herausgenommen.“

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Simone Göhner lässt über den weiteren Antrag des KTA Hubert Pille bezüglich des Entwurfes des Haushaltsplanes 2025 abstimmen.

Sodann beschließt der Ausschuss mit Stimmenmehrheit bei 4 Enthaltungen:

„Der Landrat wird gebeten, auf Grundlage der vorgestellten Eckdaten den Entwurf des Haushaltsplanes 2025 mit einem Kreisumlagehebesatz von 38,5 Prozent aufzustellen.“

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Vechta, 11.11.2024

Gerdesmeyer
Landrat

Kramer
Protokollführer